

Ambulante Dienste wettern gegen Dumping-Preise

Vergütung der Kassen für hochqualifizierte Leistungen ist viel zu gering — Bayernweite Kampagne gestartet

Die großen ambulanten Pflegedienste haben gestern eine bayernweite Kampagne gestartet. Motto: „Gemeinsam für eine angemessene Vergütung ambulanter Pflege“. Awo, Diakonie und Co. sind sich sicher, dass schon in absehbarer Zeit viele Dienste ihre Arbeit einstellen müssen, wenn sich die Finanzausstattung nicht verbessert.

SCHWABACH – Geiz ist eben nur manchmal geil. Beim Discounter darf es ruhig ein wenig weniger sein. Und die Jeans für zehn Euro im Schlussverkauf wird auch nicht verschmäht.

Doch was ist, wenn es um die ambulante Pflege, was ist, wenn es um die Menschen geht? Auch hier werden für hochqualifizierte Arbeiten höchstens Discount-Preise gezahlt. Ein paar Beispiele: Eine „Ganzkörperwäsche“, also das Baden eines pflegebedürftigen Menschen, wird aktuell mit 11,39 Euro honoriert, das Rasieren einschließlich Gesichtspflege mit 2,28 Euro.

Umgerechnet auf den Stundensatz einer Schwester und auf die Fixkosten des ambulanten Dienstes heißt das: Badewasser einlaufen lassen, Patienten ausziehen, Patienten in die Wanne heben, Patienten Waschen, Patienten aus der Wanne heben, abtrocknen und wieder anziehen, all das muss in knapp elf Minuten erledigt sein. Fürs Rasieren samt Gesichtspflege bleiben etwa zwei Minuten und zehn Sekunden.

Und wenn es länger dauert? „Dann zahlen die Pflegedienste drauf“, sagt



Mit diesen Plakaten machen Diakon Ulrich von Brockdorff (Diakonie), Rosy Stengel (Familien- und Altenhilfe), Rainer Mosandl und Horst Weckerlein (beide Awo, v. li.) klar, dass die ambulanten Dienste unterfinanziert sind. Foto: Gerner

Rainer Mosandl, der Geschäftsführer des Awo-Kreisverbands. Der Familien- und Altenhilfe Schwabach und der Diakonie Roth-Schwabach, die sich an der bayernweiten Kampagne beteiligen, geht es nicht anders. Die Preise sind festgeschrieben. Und das seit Jahren. Erhöhungen? „2008 hat es einmal 1,1 Prozent mehr gegeben“,

erinnert sich Mosandl. Seit 2008 sind aber alleine die Tariflöhne um knapp acht Prozent gestiegen, obwohl die Schwestern in den ambulanten Pflegediensten nach wie vor gewiss nicht finanziell auf Rosen gebettet sind. „Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben klappt immer weiter auseinander“, klagt Mosandl.

Dass Awo, Diakonie und Familien- und Altenhilfe überhaupt noch ambulante Pflege anbieten können, liegt daran, dass ungemein viel ehrenamtliches Engagement im Spiel ist. Ohne Zuschüsse und Spenden der (Diakonie-)Vereine und der Kirchen würde das System kollabieren, ist sich Diakon Ulrich von Brockdorff, Geschäftsführer der Diakonie Roth-Schwabach, sicher.

Doch was tun? „Acht Prozent mehr“ fordern die Wohlfahrtsverbände. In absoluten Zahlen wäre das, verglichen mit dem Gesamtumsatz im Gesundheitswesen pro Jahr (254 Milliarden Euro), gar nicht so viel. Von diesem riesigen Kuchen schneiden sich die ambulanten Pflegedienste etwa 8,6 Milliarden Euro heraus. Acht Prozent mehr würden also knapp 700 Millionen Euro bedeuten.

Das Geld, da ist sich Rosy Stengel, die Geschäftsführerin der Familien- und Altenhilfe, sicher, wäre im System zu holen. Alleine für die Verwaltung werden im Gesundheitssektor 15 Milliarden pro Jahr ausgegeben. „Und außerhalb des Systems könnte man ja einmal darüber nachdenken, ob es sinnvoll war, den Hoteliers pro Jahr eine Milliarde mehr zu geben“, so von Brockdorff.

Wenn es nicht gelingt, die ambulanten Dienste zu stärken, sehen die Verantwortlichen in Schwabach schwarz für die Pflegedienste: „Dann können wir den Auftrag ambulant vor stationär vergessen“, sagt Ulrich von Brockdorff. „Und dann wird es für den Staat richtig teuer.“